

Was heißt Gedenken an die NS-Zeit heute? Zur Erinnerungskultur vor Ort

Von Dietfrid Krause-Vilmar

Ansprache bei der zentralen Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am Sonntag, dem 27. Januar 2013 in der Kreisverwaltung des Landkreises Marburg-Biedenkopf

Die Erinnerung an die Untaten des Nationalsozialismus drängt sich besonders an den jeweiligen Orten des geschehenen Verbrechens und Unrechts auf. Nicht alle Spuren konnten in den letzten Kriegstagen noch beseitigt werden. Und deshalb war und ist es naheliegend, die Aura dieser Orte anzunehmen, zu achten und zu pflegen. Und um dies öffentlich verständlich zu machen, betonte Bundespräsident Roman Herzog im Jahr 1999 während der allgemeinen Diskussion um das zentrale Holocaust-Denkmal in Berlin, dass ihm „viele kleine Gedenkstätten“ besonders wichtig seien.¹ Und in seiner Rede im Deutschen Bundestag am 27. Januar 1999 verdeutlichte er seine Vision und sagte: „Wir sollten - über das ganze Land verstreut - noch mehr Orte der konkreten, historischen Erinnerung haben. Der Nationalsozialismus hat nicht nur in Berlin stattgefunden oder in Nürnberg oder in München. Überall hat es Szenen des Schreckens gegeben.“² Zur Bedeutung dieser kleinen Erinnerungsorte und Gedenkstätten, zu ihrer Praxis und vor allem zu ihren Leistungen und ihrem Rang in Bildung, Gesellschaft und Politik möchte ich Ihnen am heutigen Tag etwas vortragen.

Zur Topographie der Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen in Hessen

In Hessen sind an sehr vielen Orten seit den frühen 1980er Jahren nicht nur Tafeln oder Denkmäler, sondern Erinnerungsorte und Gedenkstätten entstanden, in denen Menschen an die Verfolgten und ums Leben Gebrachten erinnern, deren Lebens- und Leidensgeschichte sie erforschen und darüber öffentlich berichten. Das war ein Novum: keine steinernen Mahnmale, Tafeln oder Standbilder allein, sondern Zeugen, die erzählen, Briefe und Dokumente, vor allem aber: Menschen, die lebendig darüber sprechen und berichten.

Die Zahl dieser Gedenkorte in Hessen liegt inzwischen bei annähernd 70. Bereits im Januar 2001 führte die Hessische Landeszentrale für politische Bildung (Wiesbaden) 22 Gedenkstätten, 18 Spurensicherungsprojekte bzw. Rundgänge und fünf Archive und Dokumentationsstellen auf – alle Neugründungen seit den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts, alle der Verfolgung und dem Widerstand während des Nationalsozialismus gewidmet. Die Gedenkstätte Breitenau in Guxhagen im Schwalm-Eder-Kreis entstand 1984 als eine der ersten in Hessen, die Gedenkstätte Hadamar wurde 1989 und das Dokumentations- und Informationszentrum Stadtallendorf 1994 gegründet, die ehemalige Synagoge Großkrotzenburg wurde 1992 als Gedenk- und Begegnungsstätte der Öffentlichkeit übergeben. Inzwischen sind zahlreiche weitere Gedenkorte hinzugekommen (u.a. in Vöhl, in Trutzhain, in Darmstadt, in Volkmarsen). Die Neugründungen reichen bis in die letzten Jahre: Meist entstand ein solcher Ort in der Folge einer engagierten Initiative Einzelner, die sich dem verdrängten Kapitel der eigenen Gemeindegeschichte zuwenden wie zum Beispiel in Bonbaden bei Braunfels, wo drei

¹ BILD-Zeitung vom 3. Januar 1999 (Neujahrsausgabe).

² Rede von Bundespräsident Roman Herzog: „Die Zukunft der Erinnerung“ am 27. Januar 1999. www.bundespraesident.de/Reden-und-Interviews/Reden-Roman-Herzog.

Bürgerinnen begannen, die Geschichte der ehemals jüdischen Mitbürger zu erforschen. Und plötzlich war es Thema im Ort.³

Wir haben es mit einer neuen kulturellen Bewegung beachtlichen Ausmaßes zu tun, die ihren Endpunkt gegenwärtig noch nicht erreicht hat. Von daher war es kein Zufall, dass diese Initiativen sich im Dezember 1999 in Marburg zusammenschlossen, um eine gemeinsame Arbeitsgemeinschaft zu gründen, der inzwischen 28 Gedenkstätten und Erinnerungsorte angehören.

Das Bemerkenswerte an diesen Erinnerungsorten ist die Tatsache, dass sie, soweit ich sehe, meistens aus originären Bürgerinitiativen hervorgingen – mit all den bekannten Schwierigkeiten, Anerkennung zu finden und vor allem die notwendigen Mittel aufzutreiben, eine kleine Dokumentation zu drucken, einen Experten hinzuzuziehen oder ehemals Verfolgte der eigenen Gemeinde einladen zu können. Die anhaltenden Aktivitäten dieser Initiativen erklären sich aus dem Motiv der Empathie mit der Leidensgeschichte der Verfolgten und aus dem Bedürfnis nach Klärung einer verschwiegene, verdrängten oder zuweilen merkwürdig verklärten Vergangenheit. Was war da geschehen – in Deutschland, in den eigenen Familien, der Nachbarschaft, der Gemeinde oder der Stadt? Eine Riesenschuld lastete auf dem Land, mit der es umzugehen galt. Ausgangspunkt war ein moralischer Impuls: Etwas zu tun, wenn es auch nicht viel sein konnte, das als ein Versuch verantwortlichen Umgangs verstanden werden konnte.

Die Würdigung der ehemals Verfolgten

Deshalb stand die Würdigung der ehemals verfolgten Menschen im Vordergrund. Die Erinnerungsorte bieten bis in unsere Tage den ehemals Verfolgten sowie ihren Angehörigen im Inland und im Ausland einen öffentlichen Ort und persönliche Gesprächspartner. Auch wenn es nicht mehr viele Überlebende, die zu jungen Menschen sprechen können, gibt, sollte man nicht vorschnell vom „Verschwinden der Zeitzeugen“ reden, von denen einige glücklicherweise noch leben. Vor wenigen Tagen erst hat Lutz Kann bei der Eröffnung der Ausstellung „Legalisierter Raub“ in Wolfhagen gesprochen. Zudem bedeutet es viel, einen Ort zu finden, an dem Menschen ihrer verfolgten oder umgebrachten Angehörigen gedenken können, deren Berichte und Erfahrungen aus der NS-Zeit aufgenommen wurden, mit anderen Worten: einen Ort, um die jahrelang Ausgesperrten und Ausgegrenzten in der universellen Gemeinschaft der Menschen symbolisch wieder aufzunehmen. Ich vermute, dass es lange Jahre hierfür in Deutschland keinen anderen öffentlich sichtbaren Ort gab. Dies alles fand und findet seinen einmaligen und nachhaltigen Ausdruck in ungezählten persönlichen Begegnungen zwischen jungen Deutschen und älteren ehemaligen KZ-Gefangenen und Zwangsarbeitern, auch aus Russland, der Ukraine, aus Frankreich, Italien, Polen, Luxemburg und anderen Staaten. Bei dieser Art von Gesprächen, die einem Dialog viel eher als einem Interview gleichen, kam es nicht selten zu persönlichen Begegnungen und lang anhaltenden persönlichen Beziehungen. Selbst ein – objektiv gesehen –

³ Eine am 9. November 2008 angebrachte »Gedenktafel für jüdische Bürger von Bonbaden« wurde wenige Wochen später gestohlen. Auf dem anschließenden Weihnachtsmarkt fand eine Unterschriften- und Spendenaktion statt; der Bürgermeister und die Pfarrer der beiden christlichen Kirchen sprachen in ihren Predigten darüber, und eine örtliche Bäckerei sponserte mit jedem verkauften Brot einen Euro für die neue Gedenktafel, die nach einem knappen halben Jahr wieder angebracht werden konnte. Die Wetzlarer Neue Zeitung berichtete regelmäßig.

unter Umständen geringer oder kleiner Beitrag, den der Zeitzeuge zur Aufklärung historischer Sachverhalte beisteuerte, war uns wichtig. Allein die Tatsache, dass die ehemals Verfolgten und Gedemütigten nach ihrer Geschichte gefragt wurden, dass ihre Leiden angehört, auch aufgeschrieben (dokumentiert) wurden, dass sie selbst gar durch ihr erlittenes Unrecht an der allgemeinen Aufklärung mitwirken konnten, bedeutete ihnen viel. Ihr Leiden war vielleicht leichter zu bewältigen, solange die Hoffnung bestand, dass das Sprechen darüber anderen jungen Menschen helfen konnte.

Geschichtswerkstätten

Die Gedenkstätten und Erinnerungsorte sind selbst historische Werkstätten. Zugleich arbeiten sie mit anderen Geschichtswerkstätten produktiv zusammen und nehmen deren Ergebnisse auf. Der theoretische Rahmen dieser weltweiten Bewegung der Geschichtswerkstätten wurde in den 1980er Jahren formuliert. Als alternative und neue Theorie und Praxis der Geschichte hat dieser Rahmen meiner Ansicht nach nichts an Aktualität verloren. Das neue Verständnis von Regional- und Lokalgeschichte scheint mir in seiner Bedeutung für Bildungsfragen beim Thema Nationalsozialismus noch bei weitem nicht ausgeleuchtet. Klare theoretische Beiträge haben hierzu als erste – und zwar zunächst nicht unter besonderer Berücksichtigung der NS-Zeit, sondern unter dem Aspekt »Alltagsgeschichte« und »Oral History« – Sven Lindqvist, Gert Zang und Alf Lüdtkke vorgelegt.⁴

Von Interesse ist unter dem Bildungsaspekt dabei die prozessual angelegte Methode. Sie besteht, um es knapp zu resümieren, im Entfalten biographischer Dimensionen, die aus Fragmenten und Andeutungen in den Akten erarbeitet werden. Menschen werden erkennbar und treten in Erscheinung; hinter der Aktensprache werden Lebensschicksale sichtbar. Beziehungen zu den Orten, aus denen die Gefangenen kamen, zu anderen Menschen und Gruppen werden entdeckt und – last but not least – neue Quellen werden erschlossen. Dabei ist dieser Prozess des Erschließens und Entdeckens das Besondere und die Hauptsache, ob er nun zu einem sichtbaren Ergebnis – auch in Form einer Veröffentlichung – führt oder nicht. Die jungen Menschen haben über eine bestimmte Person oder über eine Gruppe von Menschen etwas in Erfahrung gebracht und diese neuen Erkenntnisse z. B. in einer kleinen Dokumentation, in einer Ton-Dia-Reihe, in einer Ausstellung oder auch auf einer Gedenktafel niedergelegt. Gerade solche Prozesse, bei denen man in die »Werkstatt« Einblick nehmen kann, sind für Besucher von Gedenkstätten auch deshalb von Bedeutung, weil sie methodisch übertragbar sind.

Ein Beispiel hierfür: Schüler und Schülerinnen eines Fritzlarer Gymnasiums kamen auf die Gedenkstätte Breitenau zu. Sie hatten von der Ermordung eines polnischen Zwangsarbeiters gehört. Wir konnten ihnen mit Akten weitere Informationen geben. Die Veröffentlichung der Schülerinnen und Schüler erreichte Polen und löste dort Reaktionen aus. Der Sohn des ermordeten Polen kam nach Breitenau und erfuhr von ehemaligen Zwangsarbeitern und Arbeitskollegen seines Vaters erstmalig Näheres. Die Veröffentlichung setzte dann deutsche

⁴ S. Lindqvist, *Grabe wo du stehst*. Handbuch zur Erforschung der eigenen Geschichte. Aus dem Schwedischen, Hannover 1989 (zuerst 1978); S. Lindqvist, »Grabe wo Du stehst«. Das schwedische Beispiel, in: H. Heer / V. Ullrich (Hrsg.), *Geschichte entdecken. Erfahrungen und Projekte der neuen Geschichtsbewegung*, Reinbek b. Hamburg 1985, S. 72-74.

G. Zang, *Die unaufhaltsame Annäherung an das Einzelne. Reflexionen über den theoretischen und praktischen Nutzen der Regional- und Alltagsgeschichte* (Schriftenreihe des Arbeitskreises für Regionalgeschichte e. V. 6), Konstanz 1985.

A. Lüdtkke, *Was ist und wer treibt Alltagsgeschichte?* in: Ders. (Hrsg.), *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*, Frankfurt/New York 1989, S. 9-47.

und polnische Zeitzeugen in der nordhessischen Region in Bewegung. Mit Engagement einbezogen in diesen Prozess waren dann schließlich die Schulklasse aus Fritzlar, der Sohn eines ehemaligen polnischen Zwangsarbeiters, der heute in Poznan/Posen lebt, zwei ehemalige polnische Zwangsarbeiter, die nach 1945 in Nordhessen blieben, eine Vereinigung der in Kassel lebenden Polen, Familien in zwei umliegenden Dörfern, Redakteure mehrerer deutscher und polnischer Zeitungen und Illustrierten, Mediziner der Marburger Anatomie.⁵ Die politischen und kulturellen Erfahrungen bei dieser Recherche in ihren Gemeinden, mit den Ämtern und Großeltern waren für viele Schüler und Schülerinnen neu und wertvoll. „Wissenschaft als sozialer Prozess“ hat die Kasseler Erziehungswissenschaftlerin Ariane Garlichs dies genannt. Drei weitere Beispiele, die von solchen kleinen Erinnerungsorten ausgegangen sind, möchte ich knapp skizzieren:

Ehemalige Zwangsarbeiter aus den Niederlanden recherchierten jahrelang mit uns gemeinsam; und nachdem das »Allgemeen Dagblad«, eine große in Amsterdam erscheinende Tageszeitung, die Ergebnisse anschaulich und eingehend veröffentlichte, erfuhren sie auf diesem Weg in ihrer niederländischen Heimat erstmals nach Jahrzehnten die ihnen gebührende Anerkennung.

Der Neffe eines SS-Offiziers und Kasseler Gestapoangehörigen meldete sich und bekundete sein starkes Interesse an einem Gespräch mit Mitarbeitern der Gedenkstätte über die Person des Onkels. Es stellte sich heraus, dass dieser ehemalige SS-Mann nach 1945 gemeinsam mit dem katholischen polnischen Widerstandskämpfer Wladislaw Bartoszewski in Warschau in einer Zelle inhaftiert war.

Der Massenmord an italienischen Zwangsarbeitern in Kassel am Bahnhof Wilhelmshöhe ist erst durch die Forschungen über die Gestapo Kassel wieder ins allgemeine Bewusstsein gerückt. Die Stadt hat nicht nur eine Gedenktafel errichtet, sondern im vergangenen Jahr den Platz als Gedenkort neu gestaltet. Die in Kassel lebende Italienische Gemeinde hat es dankbar angenommen, dass in Kassel ihrer ums Leben gebrachten Landsleute eindrucksvoll gedacht wird.

Niederlande, Polen und Italien – in allen drei Beispielen kann man von einer kleinen Initiative mit internationaler Ausstrahlung sprechen.

Beiträge der Erinnerungsorte zur historisch-politischen Bildung

Die Erinnerungsorte können für die historisch-politische Bildung der Jugendlichen etwas leisten, was selbst einem anspruchsvollen schulischen Geschichtsunterricht selten gelingt: die innere Verbindung der Person des Jugendlichen mit einem bestimmten Ereignis oder einer bestimmten Person und ein daraus entspringender Impuls, mehr wissen zu wollen, einer bestimmten Spur zu folgen, einer Geschichte nachzugehen. Gedenkstätten können in besonderer Weise bei Jugendlichen – anders als schulischer Unterricht – historisches Interesse wecken und zum historischen Studium anregen. Wenn der Besuch einer Gedenkstätte auch nur eine bestimmte Frage, sei es diejenige nach dem Verbleib und Schicksal der Juden im eigenen Ort, sei es diejenige nach dem Umgang mit den Verfolgten nach 1945, oder eine andere vergleichbare ausgelöst hat, und wenn diese Frage bis in den eigenen Ort hinein anhält, ist viel erreicht worden.

Möglich wird dies durch die bereits angesprochene Aura des Ortes, die sichtbar gemachte Lebensgeschichte der einzelnen Person und die Kategorie der Nähe. Lokalität und Subjektivität sind die Kategorien, die das historische Denken in Gang setzen können. Bestes Beispiel hierfür sind Tausende von engagierten und hervorragenden Schülerarbeiten, die bei den seit vielen

⁵ E.-M. Krenkel / D. Nürnberger u.a., Lebensskizzen kriegsgefangener und zwangsverpflichteter Ausländer im Raum Fritzlar-Ziegenhain 1940–1943 (Nationalsozialismus in Nordhessen – Schriften zur regionalen Zeitgeschichte 6), Kassel 1985.

Jahren erfolgreich durchgeführten Geschichtswettbewerben der Körber-Stiftung um den Preis des Bundespräsidenten eingereicht werden.

Über das historische Interesse werden in diesen Erinnerungsorten zugleich auch Grundfragen der Demokratie und Menschenrechte anschaulich thematisiert und verständlich in ihrem Kontext dargestellt bzw. kontrastiv aus historischen Vorgängen herausgearbeitet. Der nationalsozialistische Staat missachtete bekanntlich eine Vielzahl der klassischen Menschenrechte. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 betonte u.a. das „Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit“ (Art. 9, Abs. 1) , das Gebot jeden „bei seiner Festnahme über die Gründe der Festnahme zu unterrichten“, ihn einem Richter vorzuführen und ihm eine Anhörung vor einem Gericht zu ermöglichen (Art. 9, Abs. 2, 3, 4), das Recht „sich friedlich zu versammeln“ (Art. 21), das Recht „sich frei mit anderen zusammenzuschließen“ (Art. 22) und das „Recht von Mann und Frau, im heiratsfähigen Alter eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen“ (Art. 23 Abs. 2)

Das Thema Nationalsozialismus im Ort öffnen und offen halten

Als Geschichtswerkstätten können die Gedenkstätten einen kommunikativen öffentlichen Gesprächszusammenhang begründen, in dem die Arbeitsergebnisse erörtert, verworfen oder angenommen werden. Zum Thema Nationalsozialismus ist immer kontrovers diskutiert worden; umso notwendiger erscheint das öffentlich zu führende Gespräch. Die Gedenkstätten sind auf Grund dieser Lage – ob sie dies wollen oder nicht, sie werden in der Öffentlichkeit so angesehen – Katalysatoren dieser vielfach schwierigen öffentlichen Meinungsbildung über den Umgang mit dem Nationalsozialismus vor Ort. Insofern ist, etwas überspitzt formuliert, auch die Entstehungsgeschichte (bzw. die Geschichte bis zur gesellschaftlichen und öffentlichen Anerkennung) einer Gedenkstätte – eben die Zeit, in der sie noch Projekt ist – besonders wichtig, weil meist dies mit einer erstmalig nachhaltigen und umfassenden Diskussion verbunden ist –

handelt es sich doch im Vergleich mit anderen gesellschaftlichen Institutionen hier um sehr zögernde Institutionalisierungen, deren Gelingen nicht von vorneherein feststeht und die keineswegs für längere Zeit als gesichert angesehen werden können. Etwas von diesem Prozess der öffentlichen Diskussion und vielleicht auch der Wirkung des langfristigen Projektes ›Umgang mit dem Nationalsozialismus‹ – so könnte man die Gedenkstätten durchaus bezeichnen – kann und soll bei einem späteren Besuch durchaus aufscheinen und vielleicht zur Nachahmung anregen.

Nicht nur die fast immer aufwendige, widerspruchsvolle und schwierige Einrichtung eines Erinnerungsortes bleibt wertvoll. Die Rolle dieser Orte als Katalysator hält das Thema Nationalsozialismus im Ort offen und bereichert die Gemeinde mit einer Vielfalt anregender Bildungserfahrungen. Auch die kleinsten Erinnerungsorte in Hessen, wie z. B. in Vöhl und Roth, in Volkmarsen und Trutzhain, bieten seit Jahren ein höchst anspruchsvolles Vortrags- und Veranstaltungsprogramm, dessen Kontinuität und Niveau den Vergleich mit etablierten städtischen Kultureinrichtungen nicht zu scheuen braucht.

Zur Zukunft der Gedenkstätten und Erinnerungsorte

Was sollte geschehen, um die Bildungsarbeit an diesen Orten auf Dauer zu sichern?

20 und mehr Jahre sind vergangen, seitdem es diese Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen gibt. Die Notwendigkeit ihrer Existenz wird von Seiten der Politik und der Wissenschaft kontinuierlich betont – besonders bei bestimmten Jahrestagen und Gedenkstättenbesuchen. Doch vergessen wir den berechtigten Warnruf von Wolfgang Benz nicht:

»Statt der Aufwallung am Jahrestag, statt zentraler und medienwirksamer Stilisierung, die sich den Geboten der Arithmetik der runden Zahl unterwirft, ist alltägliche Erinnerung als Teil

öffentlichen Bewusstseins anzustreben: Feiertägliche Beschwörungen und Beschwichtigungen ohne individuelles Erinnern bleiben wirkungslos, öffentliche Inszenierung ersetzt nicht die private Auseinandersetzung. Und dazu sind Gedenkstätten notwendig, authentische Orte, an denen Historisches anschaulich wird, an denen sich nachvollziehen lässt, was geschah. «⁶ Gleichwohl sind diese lokalen Bildungsorte – von wenigen Ausnahmen abgesehen – bis heute nicht gesichert. Vieles hängt an einzelnen Personen und an deren ehrenamtlichem Engagement. Das ist ohne Frage eine Stärke dieser Initiativen, da Identität, Begeisterung, Engagement, Mehrarbeit, Aktivität und Arbeitsfreude den Bildungsbemühungen nicht nur Legitimität verleihen, sondern auch Schwung, Experimentierfreude, Aufgeschlossenheit und anderes mehr. Andererseits ist dies kein Zustand, der auf Dauer angelegt ist. Diese Initiativen nehmen wichtige gesellschaftliche Aufgaben wahr, die an anderen Orten nicht geleistet werden können. Ich meine deshalb, dass es an der Zeit ist, sie als gelungene Initiativen zu achten und zu fördern. Die Mitarbeiter der Gedenkstätten sind faktisch Teil der allgemeinen Bildung geworden, die aus gutem Grund in Deutschland als öffentliche Aufgabe angesehen wird. Da wir in Deutschland – anders als in den USA – nur eine schwach ausgeprägte private Sponsorentätigkeit haben, führt meines Erachtens kein Weg daran vorbei, dass der Staat, hier neben den Kommunen auch die Hessische Landesregierung, kontinuierlich initiativ und weiterhin fördernd tätig bleiben sollte. Nicht jede Initiative hat das Glück, so nachhaltig und herausragend von der eigenen Kommune gefördert zu werden wie das Dokumentations- und Informationszentrum in Stadtallendorf.

⁶ Wolfgang Benz, Gedenkstätten und Erinnerungsarbeit. Ein notwendiger Teil unserer politischen Kultur (POLIS 31). Wiesbaden 2001, S. 13 f.